

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich



Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatvolk und Heimatflur“. — Preis vom 1. bis 10. Dezember Mfr. 1 1/2 Billion. Nachherhebung vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 55. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 41800.

Anzeigenpreis — gegen Zahlung bei Aufgabe — für die 34 m/m breite Colonetzelle Grundzahl 150, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich Grundzahl 200. Reklamenzelle 500. Schlüsselzahl ab 26./11. 20.0 Millionen Grundzahl > Schlüsselzahl — Seitenpreis. — Spätere Zahlung in Goldmark. Seitenpreis 40 bezw. 50 Pfg. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 281

Für die Schriftleitung verantwortlich: St. Keil.

Donnerstag, 6. Dezember 1923 (Nikolaus)

Notationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. 50. Jahrgang

Annahme des Ermächtigungsgesetzes. — Die Rheinlandfragen in Beratung.

Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge. — Die Wünsche der Popularen.

Die Rheinlandfragen.

Neuß, 5. Dez. Heute nachmittag begannen, wie die Blätter melden, entscheidende Verhandlungen zwischen einem Ausschuss des Reichstages und Vertretern der besetzten Gebiete bezüglich des gesamten Gebietes. Es werden die ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, das Abkommen über die Eisenbahn und auch die Form der Verwaltung der Rheinlande besprochen werden.

Neuß, 6. Dez. Im Reichskabinett fanden gestern Beratungen über die Rheinlandfrage statt. Im Einklang mit der preussischen Regierung wurde festgestellt, daß das Reichskabinett eine Lösung der Rheinlandfrage nur im Rahmen der Reichs- und Länderverfassung zulassen werde.

Die Reichsregierung verhandelt mit Vertretern des Rheinlandes zur Feststellung der Tagesordnung der heute mittag 1 Uhr beginnenden Beratungen über die Rheinlandfrage. Es wurde ein besonderer Ausschuss des Reichstages für die Beratung der Rheinlandfrage gebildet. Vorsitzender ist der Reichskanzler Dr. Brüning. Ferner gehören dem Ausschuss an der Reichsfinanzminister Dr. Brüning, der Reichsarbeitsminister Dr. Brüning, der Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Brüning und der Reichsminister für öffentliche Arbeiten Dr. Brüning.

In der Besprechung soll auch die weitere Unterstützung der Erwerbslosen im Rhein- und Ruhrgebiet besprochen werden, da die dafür bewilligten 100 Millionen Reichsmark aufgebraucht sind.

Ein Untersuchungsausschuss.

Neuß, 6. Dez. Für die Beratung der wirtschaftspolitischen Fragen hat sich aus dem 60er Ausschuss des Reichstages ein Untersuchungsausschuss gebildet. Derselbe soll beraten: 1. die Eingliederung des Rheinlandes in die rheinische Gesamtwirtschaft; 2. die Wirtschaftsentwicklung im Rheinland; 3. die Arbeitszeit.

Die Beschlüsse dieses wirtschaftspolitischen Ausschusses sollen den Beratungen des 60er Ausschusses zur Grundlage dienen.

Der Überwachungsausschuss.

Neuß, 6. Dez. Der Reichspräsident und seine Parteigenossen haben den Antrag eingebracht, daß der Überwachungsausschuss mit der Wahrnehmung der Rechte des Reichstages beauftragt wird für den Fall der Auflösung des Reichstages bis zum Wiederzusammentritt des neuen Reichstages.

Einschränkung der Erwerbslosenunterstützung.

Neuß, 6. Dez. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichstages mit dem preussischen Kabinett wurde bei der Aussprache über die Mittel zur Linderung der immer schwerer sich gestaltenden wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch im besetzten Gebiet, der Beschluß gefaßt, Erwerbslosen-Unterstützung künftig in solchen Fällen nicht mehr zu zahlen, in denen von nachweislich vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird.

Zur politischen Lage.

Neuß, 5. Dez. Nach den Dispositionen des Reichstages wird das Ermächtigungsgesetz heute in erster und zweiter Lesung und morgen in dritter Lesung beraten. Die entscheidende Abstimmung ist nicht vor Donnerstagabend zu erwarten. Der Reichstag wird noch im Laufe des Dezembers das neue Wahlgesetz zur Verabschiedung bringen. Nach Vereinbarung zwischen Regierung und Koalitionsparteien wird dem Ermächtigungsgesetz ein Absatz eingefügt werden, wonach vor Erlass der Verordnungen ein Ausschuss von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören ist. Außer den Koalitionsparteien werden noch die Sozialdemokraten dem Gesetz zustimmen. Die Deutsch-Nationalen haben einstimmig beschlossen, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Die Notlage der Beamten.

Köln, 6. Dez. Im Weisbau tagte gestern eine von 6000 Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten besetzte Versammlung zur Besprechung der ungenügenden Notlage der Beamten. Es wurde eine Entschließung an die Regierung gefaßt, in der es heißt: Wir richten diese Worte als letzten Hilferuf an die Regierung, dem Elend der Beamtenhilfe abzuhelfen. Tausende Beamte hungern. Wir müssen jede Verantwortung für das drohende Chaos ablehnen.

Die Reichsindexziffer.

Neuß, 5. Dez. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Woh-

nung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 3. Dezember auf das 1515-milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1335-milliardenfache) ist demnach eine Abnahme von 13 v. H. zu verzeichnen. Für den Durchschnitt des Monats November berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 657-milliardenfache gegenüber dem 3657-milliardenfachen im Durchschnitt des Monats Oktober. Dies entspricht einer Steigerung von 17,866 v. H. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt November auf das 633-milliardenfache, die Ernährungsindexziffer allein auf das 862-milliardenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die Großhandelsindexziffer.

Neuß, 5. Dez. Die auf den Stichtag des 4. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt bei einem amtlichen Dollarfuß von 4,2 Billionen Mark das 1337,4-milliardenfache des Friedensstandes und ist somit gegenüber dem Stande vom 27. November (1422,9-milliardenfache) um 6 v. H. zurückgegangen.

Ausländische Hilfe.

Neuß, 6. Dez. Der erste Lebensmittellieferant des niederländischen roten Kreuzes ist nach Neuß abgegangen.

Die Wünsche der italienischen Popularen.

Rom, 6. Dez. Die italienische Populärpartei (Antiholische Partei) hat an den Reichskanzler Marz ein herzliches Telegramm gerichtet, worin es heißt: Wir geben dem kühnen Wunsch Ausdruck, daß es Ihrem Willen mit Gottes Hilfe gelingen möge, die bitter-schmerzliche Lage der deutschen Nation zu mildern. Wege durch die baldige Beilegung des Konfliktes Europa endlich ein dauernder Frieden besichert sein. Cronchi.

Tirard verhandelt mit Poincaré.

Paris, 3. Dez. Am Quai d'Orsay wurde heute abend eine Reihe bedeutender Besuche abgefaßt. Als erster traf Lord Curzon, der englische Gesandte, Poincaré einen Besuch ab. Über den Inhalt der statgefundenen Unterredung wird strenges Stillschweigen beobachtet. Später wurden Tirard, Barthou sowie der französische Vertreter im Völkerverbund, Herr Canolac, nacheinander von Poincaré empfangen.

Besondere Bedeutung mißt man der Unterredung bei, die Poincaré mit Herrn Tirard geführt hatte. Wir glauben zuverlässig zu wissen, daß von der Schaffung eines autonomen Rheinlandes im Rahmen des Reiches die Rede war. Wie uns weiter von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, läßt Frankreich jetzt alle Bedenken gegen die Begründung eines autonomen Rheinlandes fallen.

Letzte Depeschen.

Köln, 6. Dez. Vor dem Rathaus fanden gestern Demonstrationen der Erwerbslosen statt. Im Vordergrund wurden verschiedene Geschäfte geplündert. Die Polizei mußte an verschiedenen Stellen von der Siebzwanzig Gebrauch machen. Zwei Personen wurden verhaftet.

Essen, 6. Dez. Wie der Lokalanzeiger hört, finden zur Zeit Verhandlungen statt, die sich mit der Rückkehr des Kohlenhandels nach Essen befassen. — Die Versicherungsgesetze in der Krankenversicherung ist auf Goldmark festgelegt und zwar beträgt sie mit Wirkung ab 1. 12. 150 Goldmark pro Monat. Bis zu dieser Verdienstgrenze ist auch die freiwillige Versicherung zugelassen worden.

Der Deutsche Beamtenbund hielt heute einjährig feierlichen Festes eine Festversammlung ab.

Essen, 5. Dez. Wie die Deutsche Bergwerkszeitung berichtet, ist in der letzten Mitgliederversammlung des Deutschen Stahlbundes beschlossen

Das Ermächtigungsgesetz.

Gebiete zu sprechen und spricht dem Reichskanzler das Vertrauen aus, daß er deren Interessen wahrnehmen werde. Niemand sei bei dem deutschen Volke der Wille zur Verständigung mit Frankreich so stark gewesen wie heute. Die selbstverständliche Grenze dabei sei die Rücksichtnahme auf unsere Leistungsfähigkeit, und die Wahrung der Reichseinheit. Die lokalen Besprechungen seien nicht in der Absicht geführt worden, die Reichsregierung auszuheulen. Eine Verletzung unserer Grenze kommt nicht in Frage. Wenn unter dem Druck des Terrors gewisse Ermüdungserscheinungen und Autonomiebestrebungen sich zeigen, so geschähe das, nicht weil man mit den Selbstbestrebungen sympathisierte, sondern weil man fürchtete, unter dem Druck des militärischen Frankreich schließlich doch vor eine solche Tatsache gestellt zu werden (bei diesen Worten entfiel auf der rechten und äußersten linken große Unruhe. Von rechts wird gerufen: Sie einschücheln also die französischen Separatisten.) Der Redner bestritt dies energisch und führt einen Artikel der Deutschen Tageszeitung an, in dem gefordert wird, daß die Zahlungen an die besetzten Gebiete sofort eingestellt werden, wenn den Franzosen das Rheinland als Preis in den Schatz falle, dann müsse wenigstens das übrige Reich erhalten bleiben. Redner verlangt zum Schluß eine internationale Verständigung in der Rheinlandfrage. (Beifall.)

Abg. Dr. Schulz (D. Vp.): Bei uns kann man die völlige Verantwortungslosigkeit der Opposition feststellen. Die Forderung nach Neuwahlen sei verständlich, man müsse aber bedenken, daß die außenpolitische Lage dadurch katastrophal verschlechtert werden würde. Eine Regierung, hinter der kein Reichstag stehe, sei nicht akzeptabel. Redner dankt dem Kabinett dafür, daß es die Aufgabe übernommen habe, zu retten, was zu retten sei. Die Partei gebe dem Kabinett ihre Unterstützung. (Beifall.)

Abg. Hergt (deutschn.) wendet sich gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit der Opposition und erklärt nochmals eingehend die Stellung der deutschen nationalen Fraktion während der Kabinetskrise. Die Deutschnationalen seien die einzige Partei, die Neuwahlen nicht zu befürworten habe. (Lärm und Heiterkeit.) Redner schließt mit der Erklärung seiner Fraktion, das Volk habe die Hoffnung auf eine günstige Wendung darin setzen können, daß rechtsstehende Kreise bestimmenden Einfluß auf die Regierung bekommen hätte. Der Reichstag müsse aufgelöst werden. Die deutsch-nationale Partei könne der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und könne auch dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen. (Beifall rechts.)

worben, die Richtpreisbestimmungen mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen. Der Stahlbund O. m. b. H. bleibt hingegen als Interessenvertretung der Werke nach wie vor bestehen.

Neuß, 5. Dez. Wie der Polizei bekannt geworden ist, beabsichtigen die Kommunisten morgen größere Demonstrationen in allen Teilen Berlins, besonders im Lustgarten. Die Polizei hat aber alle Maßregeln getroffen, um ein solches verbotswidriges Treiben zu unterbinden.

Neuß, 5. Dez. Am 30. November hat die französische Besatzung bei der Reichsbank in Düsseldorf 63 000 Billionen Mark Reichsbanknoten beschlagnahmt.

Frankenthal, 1. Dez. Eine Schiffsfabrik in Niederbach ist zur Entlohnung der Arbeitererschaft in Betriebszeugnissen, hauptsächlich Schuhen, übergegangen, um der Geldentwertung zu entgegen.

Neuß, 5. Dez. Der Düsseldorf Berichterstatter der Chicago Tribune meldet, daß aus Anlaß des gestrigen Beschlusses der französischen Regierung die gegenwärtige Effektivstärke der französischen Besatzungstruppen allmählich bis auf das Minimum von 10 000 Mann zurückgeführt werden soll. Die deutsche Regierung werde in allen Vollstationen, öffentlichen Gebäuden und den übrigen Kernen wieder tätig sein. Der Generalstab werde von Düsseldorf nach Mainz verlegt werden. Der eigentliche Industriebereich wird genau in den Zustand versetzt werden, wie vor der Besetzung. Der Berichterstatter will in diesem Sinne von einer hochstehenden französischen Persönlichkeit unterrichtet worden sein.

Paris, 5. Dez. Nach dem Echo de Paris befindet sich zurzeit die russische Luftfahrtkommission in Paris. Der Vorsitzende der Kommission beabsichtigt die französischen Flugzeugwerke, um dort Flüge zu machen. Er beabsichtigt eine Rundreise durch verschiedene Länder zu dem gleichen Zwecke.

Wegen des kath. Feiertages Mariä Empfängnis erscheint unsere Zeitung Samstag nicht. Anzeigen für die morgige Nummer bitten wir möglichst zeitig aufzugeben.

Die Währungsfragen.

Außer der Gründung der rheinischen Goldmarkenbank scheint von der Interalliierten Oberkommission der Rheinlande aus die Emission eines goldwertbeständigen Geldes durch zwei bedeutende deutsche Industrieunternehmen gemeinschaftlich mit einer elsaßischen Bankgruppe geplant zu sein. Es liegt darüber bereits ein Bericht des Havasbüros aus Koblenz vor. Die beiden Gruppen, wovon die eine ihren Sitz in Wiesbaden, die andere in der Pfalz hat, sollen offenbar die Aufgabe erfüllen, die Verschmelzung des verschiedenen wertbeständigen Geldes, das im Rheinland geschaffen wird, für den Fall zu sichern, daß eine rheinische Emissionsbank gebildet wird.

Auch ist nach dem Verlauf der schwebenden Verhandlungen rheinischer Städtevertreter ein rheinisches wertbeständiges Geld zu erwarten, das als Ersatz für die Rentenmark gelten soll. Sofern die noch vorhandenen Widerstände überwunden sind, wird dieses wertbeständige rheinische Geld am 1. Januar in Umlauf kommen können.

Das in den besetzten Gebieten in Umlauf gebrachte goldwertbeständige Geld, das durch Guthaben in ausländischen Devisen gedeckt ist, soll dazu dienen, im Rheinland in Verbindung mit dieser rheinischen Emissionsbank eine Gesundung unserer Währung zu gewährleisten. Die Emission eines goldwertbeständigen Geldes durch die zwei Industrieunternehmen in Wiesbaden und der Pfalz läßt offenbar neben dem Plane der rheinischen Städte her, die ihrerseits um ein wertbeständiges Geld im Rheinland bemüht sind, das schon um deswillen eine besondere Bedeutung für uns besitzt, als das wertbeständige preußische Reichsgeld nur in sehr beschränktem Umfange und nur gegen hochwertige Devisen abgegeben wird.

Die Goldmark-Kalkulation.

Wien, 4. Dez. Im Reichswirtschaftsministerium hat heute eine Sitzung des Ausschusses der Reichspräsidenten unter Teilnahme aller zuständigen Zentralbehörden statt. Die Sitzung wurde vom Reichswirtschaftsminister Hamer eröffnet, der in seiner Ansprache darauf hinwies, daß bei wertbeständiger Zahlung die verschleierten Diskontierungen abzustellen seien, und daß man bestrebt sei, zur Goldmark-Kalkulation übergehen müsse, um durch überhöhte Preisberechnung die Nachprüfung zu ermöglichen. Das Ergebnis der mehrstündigen Verhandlungen fand in folgender Entschließung Ausdruck:

1. Eine reine Goldmark-Kalkulation darf Papiermark-Umwertung und Papiermark-Umlaufschillingen u. dgl. nicht enthalten. Zur Goldmark-Kalkulation ist unverzüglich überzugehen.
2. Solange im Endpreis einer Ware ein Zuschlag für Papiermark-Risiko enthalten ist, ist bei Zahlung in wertbeständigem Geld ein Abschlag in Höhe des eingerechneten Zuschlages für das Papiermark-Risiko zu gewähren.
3. Die Vorzugspreise werden zu Vergleichszwecken vom Reichswirtschaftsministerium und anderen Zentralbehörden in Kürze veröffentlicht.

Preussischer Landtag.

Wien, 4. Dez. Im Landtag beantragte Frau Wollstein (Rom.) die sofortige Beratung des kommunikativen Entwurfs auf Freilassung der zu Unrecht verhafteten Passanten und Teilnehmer aus Anlaß der unglücklichen in Berlin veranfaßten kommunikativen Demonstration. Da Widerspruch erhoben wird, ist der Antrag erledigt.

Darauf beginnt das Haus die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Kirchenverfassung der evangelischen Bundeskirche.

Kultusminister Boettig bittet um schleunige Beratung des Gesetzes, damit nach der Staatsumwälzung durch die Befreiung des preussischen Königs als Träger des obersten Kirchenregiments die entstandene Lücke geschlossen werde. Zu Versuchen auf den evangelischen Religionsunterricht oder den Lehrbetrieb der theologischen Fakultät einen Zwang auszuüben, wird das preussische Ministerium nicht zugeben.

Der Stadtschreiber von Köln.

Geschichtliche Erzählung von Dr. Hermann Cardanus.

(Nachdruck verboten.) Auf Osterdienstag sind wir von Prag abgereist und kamen zum Rhein in sieben Tagen, was nie zuvor gehört worden war. In Mülheim hielten wir an, und Herr Hilger schickte mich voraus, um zu erkunden, wie die Sachen stünden. Er kam erst nach, als er erfuhr, die Luft sei rein. Da ward er empfänglich von den Seinigen mit großen Freuden, und alle sagten, er solle im Kriege der Oberste sein.

Nun erhob sich großes Gerüde wegen dessen, was am Palmabend geschehen war. Der Bischof schwor bei den Heiligen, ihm sei nicht beigestanden, in Deutz ein Schloss zu bauen; was Heinrich vom Stabe gesagt habe, sei eine Lügenmähr gewesen. Der Rat aber künnte sich dessen nicht, sondern rüßte zum Krieg mit aller Macht. Da ward wiederum der Rhein zugetrieben wie achtehn Jahre zuvor. Der Rat schickte rund bei allen reichen Bürgern und ließ ihnen ihr Geld ab, legte auch eine neue Steuer auf den Wein, daß man von je sechs Fuder Wein eines haben möge.

Um dieselbe Zeit ward der Rat an sich alle Ritter und Knechte, die um Köln gesessen waren, mit großen Summen Geldes, um gegen den Bischof zu kriegen, auch den Herzog von Jülich und Geldern mit hundert Tausend, der viele tausend Gulden empfangen zu Gold oder als Darlehen. Wahrlich, hätte der Bischof jetzt den Krieg gemacht, es wäre ihm übel ergangen. Das sah er ein und wich dem Sturm aus. Er zeigte sich so willfährig, daß wirklich kein Grund mehr zur Fehde blieb. Herr Hilger war das gar nicht recht; denn er wollte, daß er nie mehr eine solche Gelegenheit zu glücklichem Kriege finden werde. Doch mußte er in den lauren Apfel beißen, zumal die Schöffen und ihre Freunde alles zum Frieden taten. Die Schiedsleute schlossen eine Sühne am Mittwoch nach der Pfingstoch. Darin ließ das Kloster in Deutz den Kölnern.

Die Deutzer Mönche aber gedachten nicht stille zu sein, nachdem man sie aus ihrem Kloster ge-

Vor einer Umgruppierung der europäischen Mächte?

Mussolini hat den Ehrgeiz, nach der Konsolidierung der Verhältnisse im Innern des Landes wirksame Außenpolitik zu treiben. Der Traum Italiens ist, nachdem es das Adriatische Meer sich zu eigen gemacht hat, die Herrschaft über das Mittelmeer zu erlangen. Die Vorschlagkonferenz in Paris und die neue Regierungskrise im Deutschen Reich sind der Grund dafür, daß der Besuch des spanischen Königspaares in Rom nicht die Aufmerksamkeit gefunden hat, die er verdient. Die italienische und die spanische Presse haben ihn so gleich kommentiert, die englische und die französische gehen jetzt erst näher darauf ein. Klar war von vornherein, daß der höfliche Bruch, mit dem sich die Besuche des spanischen Herrscherpaares im Quirinal und im Vatikan abspielten, nur die äußere Schale für einen politischen Kern bildete. Mussolini hatte mit dem König von Spanien und dem spanischen Ministerpräsidenten eine Unterredung, die sich, wie die italienische Presse meldete, auf eine gemeinsame Mittelmeerpolitik bezogen haben soll. Treten die Ereignisse erst in dieser Form vor die Öffentlichkeit, so sind sie gewöhnlich schon weit gediehen. Nicht ohne Absicht kann der König von Spanien bei seinem Besuch von Italien besonders auf die italienische Flotte, die Ordnung und Disziplin im Lande und das gemeinsame Blut der beiden Nationen hingewiesen haben. Man wird mit dieser Politik rechnen müssen.

Das Ereignis wäre von europäischer Bedeutung. Es würde damit eine politische Konstellation gegeben sein, die in mancher Beziehung an die Gruppierung vor dem Kriege erinnert. Die Verhältnisse der im Weltkrieg gegen Deutschland zusammengeschlossenen Mächte haben die bis dahin bestehenden Rivalitäten nicht aufgehoben, sondern nur in den Hintergrund gedrängt. Die österreichisch-ungarische Monarchie, die einen großen Teil der politischen Aufmerksamkeit Italiens durch die irredentistischen Strömungen in Anspruch genommen hatte, besteht nicht mehr. Darum kann der alte Gegensatz Italiens zu Frankreich wieder deutlicher zutage treten, nicht so sehr der dem Verdrüssnis parallel gelaufene Gegensatz, der an den Verlust von Savoyen, Nizza und Afrika anknüpfen könnte, als der größere im Mittelmeer und in Nordafrika.

Er ist seit 1881, wo Frankreich von Tunesien Besitz nahm, gegeben. Mittler war schon vier Jahrzehnte vor dem nationalen Zusammenstoß Italiens in französischer Hand. Damit drohte die Gefahr, daß das nahe nordafrikanische Küstengebiet als das natürliche Kolonialland Italiens ganz französisch werde. Nach dem Beschluß der italienischen Politik in Abessinien wurde ein Ausgleich für Italien durch die Eroberung von Tripolis hergestellt. Das Ereignis berührte damals Österreich-Ungarn auf dem Balkan empfindlich und machte das flottenstarke England, an das Italien wegen seiner langen unbesetzten Küsten Anlehnung gesucht hatte, beunruhigt, weil dadurch leicht die orientalische Frage aufgerollt werden konnte. Rußland hätte schon wegen der Öffnung der Dardanellen vor. Heute ist Österreich-Ungarn zusammengebrochen, das russische Reich zu großen Unternehmungen nicht fähig. Der Weg für Italien ist freier und der Gegner Englands im Orient ist heute vor allem Frankreich. Im übrigen sind die Gründe, die Italien ebenso wie England zu einem engeren Zusammengehen im Mittelmeer veranlassen können, ähnlich wie früher. Eine Mittelmeerpolitik Italiens und Spaniens gegen England ist nicht denkbar, und für England ist die übertragende Machtstellung Frankreichs ein Grund, nähere Fühlung mit Italien aufzunehmen, um so mehr, als sich Spanien dazugesellt, das in dem

durch seine geographische Lage wie durch seine Erze, sein Getreide und seinen Reichtum an Vieh wichtigsten Marokko auch auf Frankreich als natürlichen Gegner trifft.

Die englische Presse hat darauf hingewiesen, daß die spanische Flotte sich gestärkt hat, und die „Times“ brachten am vergangenen Dienstag einen beachtenswerten Artikel, der sich zwar nach englischer Art aller politischen Prophezeiungen vorhält, aber mit bemerkenswerter Wärme und entsprechend den Gefühlen des lokalen englischen Selbstgefühls darauf hinweist, daß die Königin von Spanien von Geburt eine englische Prinzessin ist, die ihre Mädchenzeit zwischen uns verbrachte. Außerdem sagen die „Times“: „Spanien ist unser ritterlicher Feind und unser naher Freund in unseren keltischen Augenblicken unserer Geschichte und der Weltgeschichte gewesen, und mit Italien hat uns eine unabgebrochene Freundschaft verbunden von dem Augenblick an, in dem es seinen Platz unter den Nationen des modernen Europa einnahm.“

Müchweisungen auf die allgemeine politische Lage können durch eine Entwertung der Dinge, wie sie sich hier abzeichnen, nicht ausbleiben. In seiner letzten Rede im Senat, in der Mussolini so energig gegen die völlige Vernichtung Deutschlands und damit gegen Frankreich Stellung nahm, hat sich der italienische Ministerpräsident auf den englischen Standpunkt gestellt. Wenn es auch richtig wäre, kurzfristige Hoffnungen an die noch im Blick befindlichen Dinge zu knüpfen, um so mehr, als die Reparationsfrage und die endgültige Stellungnahme der Mächte zum Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet noch nicht geklärt sind, so wird doch auch Deutschland durch die Mittelmeerpolitik Englands, Italiens und Spaniens stark beunruhigt.

Sie bewegt sich ganz im Geiste der alten Formel von europäischer Gleichgewichts, und es zeigt sich durch die neuen Tatsachen wieder aufs augenfälligste, daß die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die angeblich das Ziel des Weltkrieges und die Maßnahme für alle künftige Politik sein sollte, nichts anderes als die Verschleierung der alten Politik des Ausdehnungsdranges und der Macht derjenigen war, die sich im Besitz der Waffen befanden und ihrem Willen den Mantel einer selbstlosen Brause umhängen konnten, weil sie nicht zu befürchten brauchten, daß er ihnen heruntergerissen werde.

Das wird heute auch in der französischen Presse empfunden. Bei aller Vorsicht und mit einem deutlichen Hinweis darauf, daß selbst beim günstigsten Verlauf der politischen Entwicklung diese immer eine geraume Zeit braucht, bis sie zur Vollenziehung einer neuen Gruppierung gelangt, werden wir doch sagen dürfen, daß wir nicht nur durch die Schaffung neuer realer Verhältnisse, wie sie sich von Rom aus anbahnen, sondern auch durch die Zerschlagung des Kriegszustandes, das sich an den Forderungen, die die wirtschaftsgeographischen und politischen Verhältnisse den Großmächten stellen, langsam verdrängt, in einen neuen Abschnitt der Politik in Europa und damit der Welt einzutreten scheinen.

Um so trauriger ist es für uns, daß wir in Deutschland von einer Seite zur anderen schwanken, und der Verfall der bestehenden Regierung immer schon eintreibt, ohne neue Kräfte vorhanden sind, die bereit und fähig wären, eine äußere Politik zu führen. So unglücklich diese Lage nach innen hin ist, weil sich dadurch niemals das Vertrauen oder die Opposition des Volkes auf früherer einstellten kann, von denen es von vornherein weiß, was sie wollen, so unglücklich ist sie auch nach außen hin, weil daselbst von dem Verhältnis der fremden Regierungen zur deutschen Regierung gilt.

des Staates auf dem Gebiete des Steuerwesens und Vermögensansehenverteilung, der Zwangsrentenkontierung und des Disziplinärverfahrens. Die Kirchen sind jetzt nicht mehr Staatskirchen, sondern selbständig. Sie sind

freie Kirchen im freien Staat. Mein Wunsch ist, daß die neue Epoche in der Geschichte der evangelischen Bundeskirche der Kirche und auch dem Staate, der die Kirchenarbeit für seine Zwecke nicht entfremden könne, reichen Segen bringen mögen und in Zukunft die Beziehungen zwischen beiden reibungslos und voll wertvoll gestaltet werden. (Beifall.)

Das Gesetz wurde der Ausschussberatung überwiesen. Es folgt die gemeinsame erste Beratung der vom ständigen Ausschuss des Landtages beschlossenen und vom Staatsministerium entworfenen Verordnungen, besonders steuerrechtlicher Art, wie das kommunale Abgabengesetz, die Novelle zur Gewerbesteuer, die Abänderung des Haussteuergesetzes usw., die Novelle zum Grundsteuergesetz.

Hg. Minister (D. R.) legt Verwahrung ein gegen diese unannehme Arbeit des ständigen Ausschusses, der verfassungsgemäß nur in Ausnahmefällen in Funktion treten sollte. Obwohl von den 20 Gesetzen 12 noch den Hauptausschuss beschäftigen sollen, erhebe doch die Wichtigkeit der Verordnungen recht zweifelhaft. Das betreffe vor allem die Steuerregelung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, sowie die Tätigkeit der Oberrechnungskammer zur Prüfung der Rechnungen auszufallen.

Hg. v. Cunen (D. R.) erklärt die Notabefragung durch den ständigen Ausschuss für voll berechtigt. Der Notstand sei außerordentlich groß. Am Reichstag sei man noch weiter gegangen und arbeite mit einem besonderen Ermächtigungsgesetz. Die Deutschnationalen behandeln den Parlamentarismus als abgeworfenes Kind, wolle dieser im Interesse des Staats Selbstbeschränkung, so sei ihnen auch das nicht recht (hört, hört). Allerdings könnten manche von ihnen vorprotesten Einwendungen bezüglich der Grundsteuer wolle Verständnis finden. Das Mietsengesetz sollte neu geregelt werden, um mindestens die folgenden Mietssteuern auf wirtschaftlichem Gebiet zu erfolgen haben. (Sehr wahr!) Für die Verringerung der Gewerbesteuer bedürfte es des schleunigen Weges der Notstandsverordnung.

Hg. Reichels (D. R.) erklärt sich mit der Arbeit des ständigen Ausschusses einverstanden.

Hg. Krenn (D. R.) vertritt ebenfalls die Arbeit des ständigen Ausschusses, wodurch ein Ermächtigungsgesetz vermieden sei. Ein Notstand hat vorgelegen. Es müßte befehlsmäßig gearbeitet werden. Die Notlage der preussischen Finanzen sei außerordentlich. Es müsse richtig gelingen werden, werde bei der Grundsteuer noch näher klar zu legen sein.

Hg. Höpfer (D. R.) bezeichnet gleichfalls die Tätigkeit des ständigen Ausschusses als begründet. Dem Ausschussbeschlusse zur Gewerbesteuer können wir nicht zustimmen. Der Redner äußerte sich hierauf ausführlich zu dem demotokratischen Steuerprogramm.

Ein großer Teil der Notverordnung wird zur weiteren Beratung dem Hauptausschuss überwiesen.

Belgische Vertreter zum Sachverständigenausschuss.

Paris, 4. Dez. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die belgische Regierung als erste der im Wiederherstellungsausschuss vertretenen Mächte Vertreter für die belgischen Sachverständigenausschüsse ernannt hat. Dieser Beschluß wurde gestern in einem Ministerrat gefaßt. Als Vertreter Belgiens im Ausschuss für die Sanierung des deutschen Budgets sind ausgerufen der Direktor der belgischen Nationalbank Janssens, Vizepräsident der Währungsmission für die Wiederherstellung der österreichischen Finanzen, und der katholische Abgeordnete Bouart, Generalberichterstatter der Budgetkommission. In den Ausschuss für die Erörterung der geschäftlichen Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland durch Staatsminister J. J. Vanquai, den Vizegouverneur der Société Générale, vertreten sein.

Diese belgische Initiative hat in Paris antwortlichen Kreisen großes Aufsehen erregt. Man bemerkt dann, daß die belgische Regierung offenbar den Wunsch hat, durch Ernennung hervorragender Persönlichkeiten die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß Belgien gegen die Einschränkung der Zuständigkeit der Ausschüsse ist.

Den hätte mit Maria als Schwagerin Tochter gebrach. Da hat Hanna widerprochen: „Lach auf sein, Weib; unsere Kinder sind aus gar verschiednen Holz geschnitten, und wenn aus Gerlach etwas werden soll, ist er besser Herrn Hilgers Eidam als der meininge. Wer weiß, wie er es der Zukunft nach machen wird?“

Das sei nicht ihr Ernst, habe ich geantwortet, und sage es auch noch; denn sie sieht mich und würde mir mit Freuden ihre Tochter geben, wäre nicht ihr Haß noch stärker als ihre Liebe. Ich soll Herrn Hilger helfen, sie an den Fremden zu führen, das ist ihr Plan; und daran denkt sie Tag und Nacht, wenn sie auch nie davon spricht.

Was nun Maria denken mag? Sie wird noch immer schmerzlich. Schmal und dünn ist sie wie ihre Mutter und auch von Gesicht ihr nicht unähnlich; aber man sollte nicht glauben, daß sie von ihrem Mute sei; auch ist ihr Gemüt das gerade Gegenteil von ihrer Mutter stolzen, rachsüchtigen Sinne. Gutes tut sie, wo sie nur kann, für jeden hat sie ein freundliches Wort und weiß wohl gar nicht, was es heißt, einen Feind haben. Ist mein Zagewort getan und ich komme nach Hause, so freute ich mich immer, wenn ich bei meiner Mutter fruhe. Stundlang kann ich dann neben den beiden sitzen und denke wohl: „Ach, ich wäre der Mann der zu einer solchen Mutter solches Maß hätte, in dem nichts ist als Liebe und Güte.“

Aber wahrlich, ich wäre ihrer nicht wert, und werdes erkennen ihre die Dinge, nach welchen ich strebe. Gesehn haben die Kinder in ihren Augen. Warum weinte sie? Ob der Kummer der Liebe einen Teil davon hat? Das läßt mir nicht; denn außer meiner Mutter ist niemand, dessen Anblick mich tiefer zu Bergen gehen würde. Niemand! Auch da nicht? Aber sie kann nicht unglücklich sein. Selbst als ich in den Ausschuss unseres Verstandes willigte, blieb ihr Auge hell, und ihr Lächeln schenkt das Leid wie die Sonne den Nebel. Nur eine kleine Weile noch, dann ist sie mein, und als mein Weib wird sie mir helfen, anders zu erringen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Männer

einen großen freute sich ein nachfolgender ten der Wärr parrer Sie d n klaren, befehren die Geschichte u unterer Heimat, sodah die Zuhl folgten. In all lung mit Rüd Vorzug von abgebrochen we nahm auch an sich eines unen freien hatte.

Die Jungf pferre veranlaß abends 6 Uhr tes, Bräutstraß aus lokalen St süßen Streit d Ständlein ruh Ein Ständlein wechsebboden (kann machen, werden Bilder der Gesangsdu Heimatgedanken lassen. Der F tellung wird d Abend eine M bieten. Zu He ben die ungen schöne Weibm schweiser zusa mert. Alle M lich die Mitg Eltern der Jug gen herzlich e.

Der Vorcom bekannt, daß d arbeit unmögl ihr Ende gefun tag ab können Kirchenfasse, die Ausschüsse von 7-8 Uhr. Der Sonntag lichen vorbedi gebühr von 5

Die Pfarr ausgabe in d ausnahmsschm Uhr. Für die nähige Ausga schein.

Kath. Gese kommen“ glie die Bretter. Vleses her m wurden überre ließ es sich d nicht nehmen, Aufmunterung ger zu richte haufes, die al tag und Freit ten nimm. I mark im D Herrm D d ist stark, dar Karlen.

Wüßgenbe heute abend ur noch ein Manesbagen Abendfasse z Die zu verammlung Finanzen v schafflichen d daß die Kam ihren Hausho konnte; auf e beschalt Bedo sammlung beo hungen, dieselb taufschaffen Guldmarbalk

Zahlungsstas für dieienlgen den ersten F wecker je Za werden. Wel ler wurden i digen Beiträ modus aufg Kurs am 7. fassen, die fort um 100 lung beschlo gung. San Jahre nicht machen, viel schiffsmäßig zum Wafsch wissen, J. Lannes b jember 1923 maß begw, scheiden mit Bommer Koller.

Albert R o helm St a veranlun verbericht zu vielmehr wi Soudel mit wirtschaftl richten. Ein Erörterung G i e n b a l get schenba gel zu besta draufkane ders großer Verhals ann

Neuch, 6. Dezember 1923.

(Fortsetzung folgt.)

Bommes, Josef van Endert, Milhe
Koller, Josef Koller, Peter Kämpfe
Albert Koenemann, Heinrich Pelzer, Wil-
helm Stamm aus. Ebenso beschloß die Be-
sammung, dass der Ernährung, seinen Ver-
sicherung zu stellen, seinen Gebrauch zu mach-
nehmen wie in der Vorjahre dem Minister
Sammel und Gewerbe vorchriftsmäßig über
wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1923 zu
richten. Einen größeren Raum nahmen weiter
Erörterungen über Verkehr und insbesond-
Eisenbahnen ein. Da auf diesem
sicht scheidbar vielerlei Wünsche bestehen, und

Köln, 5. Dec. Die Belebung des Geschäfts hat weiter an. In einzelnen Artikeln kam es zu größeren Umsätzen. Ähnliche Preise wurden nicht notirt.

